

Leserbriefe

Mit gutem Beispiel voran

«Ein Jahr wie kaum eines zuvor» – BT, 31. Dezember
Wenn alle Gegner von Westast, Agglolac und Porttunnel ihren Fahrausweis sofort abgeben würden, hätten wir ungefähr 10 000 Autos weniger auf den Strassen von Biel und im Seeland. Wäre das nicht ein einzigartiges Beispiel zur Nachahmung? (Ich bin 88-jährig und habe meinen Fahrausweis vor zwei Jahren freiwillig abgegeben). *Othmar Jeannerat, Biel*

Unserer Demokratie kaum förderlich

Stimmrechtsalter 16
Keinem Beobachter entgeht, dass die Politgremien in unserem Land eine Verjüngung erfahren. Auffallend, dass vorwiegend Parteien aus dem links-grünen Politspektrum magnetisch auf junge Bürger wirken. Vermutlich sind es nicht selten radikale, mit teils revolutionärem Geist gewürzte Forderungen, die bei jungen Menschen Interesse an politischer Betätigung wecken. Nachvollziehbar, dass eine plakative und der Simplifizierung verschriebene Darstellung gesellschaftlicher Sachverhalte geeignet ist, die Jugend zu politischer Aktivität zu animieren. Eine solche besteht im Fall einer direkten Demokratie im Recht, über Sachgeschäfte zu befinden. Ab welchem Alter man in unserem Land die politische Mündigkeit erlangen soll, ist Gegenstand einer staatspolitischen Diskussion, in der insbesondere das links-grüne Lager die Gewährung des Stimmrechts an Sechzehnjährige fordert. Solches Vorhaben verdient mehr Skepsis als Zustimmung.

Die Festlegung des Stimmrechtsalters erfordert den Vergleich zwischen Staats- und Privatrecht. In Letzterem ist Mündigkeit und damit unbeschränkte Handlungsfähigkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres gegeben. Diese Alterslimite hat eine ökonomische Schutzfunktion. Sorgfalt und Verantwortung traut man dem Bürger erst ab diesem Alter zu. Folglich unverstänlich die Forderung nach einem tieferen Mündigkeitsalter im ebenso anspruchsvollen Politgeschäft der Volksabstimmungen. Initiativen und Referenden haben fast ausnahmslos einen Bezug zur Ökonomie und setzen deshalb beim Stimmbürger ein nicht geringeres Mindestmass an Wirtschaftskompetenz voraus als bei privaten ökonomischen Aktivitäten. Zudem bestünde im Falle der Herabsetzung des politischen Mündigkeitsalters die Gefahr, die noch kaum geformten Stimmbürger demagogischer Propaganda auszusetzen. Die Demokratie unseres Landes nähme Schaden.

Warten auf das Stimmrecht hat nicht den Preis politischer Abstinenz. Der Jugend bietet sich in der digitalisierten Welt eine immense Palette an Quellen, deren Nutzung als Teil der Vorbereitung auf die politische Mündigkeit verstanden werden kann. Das Stimmrecht allein ist so wenig Voraussetzung für den Einstieg in die Politik wie Garant für deren versierte Handhabung. Die Herabsetzung des Stimmrechtsalters kommt nicht selbstverständlich einer Aufwertung unserer Demokratie gleich.

Martin Berger, Davos (aufgewachsen in Biel)



Der bisherige Standort des Spitals im Beaumont soll zu Gunsten des neuen Standorts Brügg aufgegeben werden

FRANK
NORDMANN/A

Nein zum Abkommen mit Indonesien

Abstimmung zum Freihandelsabkommen vom 7. März

Am 7. März wird das Stimmmolk aufgerufen, über das Freihandelsabkommen mit Indonesien abzustimmen. Gegen dieses Abkommen sprechen zahlreiche Fakten:

Dieses Handelsabkommen würde die einheimischen Bauern in der Schweiz weiter schwächen. Palmöl ist das weltweit günstigste Öl und dominiert den Weltmarkt. Kein anderes pflanzliches Öl wird in so grossen Mengen angebaut, die Produktion hat sich von 1990 bis 2010 vervierfacht. Obwohl Palmöl durch schweizerische Produkte substituiert werden könnte. Rapsöl kann als Ersatz für Palmöl dienen. Zudem kann Raps in der Schweiz geerntet werden. Einheimisches Rapsöl ist teurer als importiertes Palmöl, die Verwendung von Palmöl würde jedoch eine Stärkung der hiesigen Produzenten und auch eine Schonung der Fauna und Flora in Indonesien bedeuten. Ausserdem würde der Transport von Palmöl reduziert. Der Preis darf nicht der entscheidende Faktor sein.

Palmöl ist in unglaublich vielen Produkten anzutreffen. Von Lebensmitteln über Reinigungsmittel zu Hygieneprodukten und vielen weiteren. Wir kommen kaum um Palmöl herum. Zum Teil wird auch nicht korrekt deklariert, wie verschiedene Studien schon belegen konnten.

Die grosse Nachfrage hat mancherorts schwerwiegende Konsequenzen für die Umwelt, die Artenvielfalt und die indigenen Bevölkerungsgruppen, wie Nich-Regierungsorganisationen immer wieder aufzeigen; etwa, wenn für Monokulturen illegal Regenwald gerodet und Menschen vertrieben werden.

In diesem Zusammenhang darf die arbeitsrechtliche Situation in Indonesien nicht vergessen werden. Arbeitsrechtliche Aspekte finden in dem Abkommen eindeutig zu wenig Platz. Die Schweiz will nur noch nachhaltiges RSPO-zertifiziertes Palmöl (Roundtable on Sustainable Palm Oil) importieren. Der RSPO-Standard ist eine

Verbesserung gegenüber den heute geltenden Vorschriften. Trotzdem ist es eine Illusion, dass ein solches Zertifikat die sozialen Konflikte und die Umweltproblematik rund um die Palmölplantagen lösen kann.

Solche Standards dienen oft dazu, den Unternehmen und ihren Vorhaben einen grünen Anstrich zu verleihen. Zudem fehlen Sanktionsmechanismen. Übernehmen wir Verantwortung und versenken das fragwürdige Freihandelsabkommen mit Indonesien. Am 7. März an die Urnen und: Nein zum Freihandelsabkommen mit Indonesien!

Peter Heiniger, Stadtrat PdA, Biel

Kopflös und konzeptlos

«Maskendebakel könnte teuer werden» – BT, 6. Februar

Die Coronawelle ermüdet und macht viele Leute verdrüsslich, man hat langsam mehr als genug von diesen Lockdown-ähnlichen Zuständen. Ebenso verdrüsslich empfindet man jedoch auch die Handhabung der Probleme seitens des Bundes und der Kantone, wo schonungslos mangelnde Kompetenz und Voraussicht aufgedeckt werden. Insbesondere erstaunen, ja erschüttern die unglaubliche Unfähigkeit der Bundesräte, der Departemente wie auch der Kantone, notwendige Vorkehrungen zu erkennen und in die Tat umzusetzen. Es wird fast täglich aufgezeigt, wie die hochbezahlten Mitarbeiter vieler staatlichen Stellen, erwacht aus der Lethargie der täglichen Routine, kopflös, konzeptlos und überfordert, Fehlentscheidungen mit katastrophalen finanziellen Folgen treffen. Die neuesten Beispiele sind die unbrauchbaren Spritzen für die Impfungen und die sehr teuren Schutzmasken, die man zuerst nach Afrika verschiffen wollte, nun aber mit riesigen Verlusten zerstört werden müssen. Konsequenzen wird all dies kaum haben, ausser für uns Stimmbürger, die dies letztlich zu bezahlen haben. In der Privatwirtschaft wären derartige Fehlentscheidungen von solcher Tragweite ein absolutes No-go. Und leider, muss man anfügen, ist sehr Vieles

ebenso im Militärdepartement im Argen. Man denke an die Partys, die Beschaffung neuer Flugzeuge, die Geschichten mit den zu renovierenden Geländewagen, mit den Drohnen, usw. usw. Unglaublich.

Was bleibt uns anderes übrig, als derartige Zustände einfach nur zur Kenntnis zu nehmen? Wir können ja die Bundesräte, die ihre Departemente nicht im Griff haben, nicht abwählen.

Heiny Züger, Sutz-Latringen

Tanken mit Wasserstoff im Seeland

«Sie tanken bald nicht nur einen LKW mit Wasserstoff» – BT – 11. Februar

Was für eine gute Nachricht für das Seeland. Der Wasserstoff-Technologie gehört die Zukunft. Dazu kommen dann noch später die hauseigenen H-Tankstellen mit Zentralheizung fürs eigene Haus durch Solarenergie und Wasserstoff, aktuell noch Zukunftsmusik, weil Politiker und Autoindustrie das noch nicht sehen, der Druck zu klein ist. Klimaprotestjugend wehrt Euch. Dieser blinde Fleck wird bald verschwinden. Aber das geht zu lasch, zu langsam. Wenn diese Technologie in wenigen Jahren reif ist – erst dann wechsle ich meine beiden Fahrzeuge und investiere in Solarzellen- und Brennstoffzellentechnologie. Aber wohnhaft in der Kernzone von Tüschert unter Ortsbild-, Uferzonen und Denkmalschutz wohl noch schwierig zu realisieren. Gerade mal ein Solar-Projekt ist im Investitionsplan 21-25 der Gemeinde Twann-Tüschert vorgesehen, keine E-Tankstelle für Tüschert. Ich denke positiv und glaube an unsere Dorfpolitiker, dass auch sie wohl darum sehnlichst auf die Wasserstofftechnologie warten. Sie hoffen wohl auch, dass private Hausbesitzer mehr tun. Aber es bräuchte jetzt schon zukunftsstrahlende Projekte im Investitionsplan, evt auch etwas mehr Investitionen für Tüschert wäre fair. Soll ich dem Gemeindebudget 2021 so wirklich zustimmen, nachdem es in der ersten Runde vom Volk bachab geschickt wurde? *Pascal Georg, Tüschert*

Es heisst «Seematte»

«Lawinengefahr sehr gross» BT, 6. Februar

Als alte Nidauerin, hier geboren und aufgewachsen, störe ich mich daran, wenn unsere Seematte «Hundemätteli» genannt wird. Seit 2010 besteht auch auf der Seematte Nidau Leinenpflicht für Hunde und somit ist diese Matte eben keine Matte speziell für Hunde mehr. Ich weiss nicht, wer die Seematte vor Jahren umgetauft hat, das waren aber ganz bestimmt nicht wir Einheimischen. Ich freue mich sehr, in Ihren nächsten Artikeln die Seematte als Seematte bezeichnet zu sehen. *Erna Miglierina-Geiser, Nidau*

Ein paar Fragen zu Brügg

Pro und Kontra Spitalneubau
Im Dezember 2020 wurde über die Idee, einen Spitalneubau im Brüggmoos zu realisieren, berichtet. Alle Haushalte von Brügg wurden mit einem mehrfarbigen Propagandaflieger bedient, darin wird inhaltlich nur Positives berichtet. Aussagen wie «Spitalneubau Biel-Brügg, d' Brügg i Zuekunft, ein Spital findet den idealen Standort, eine Gemeinde packt ihre Zukunftschance, eine Win-Win-Situation» usw. sind zu lesen. Am 18. Dezember wurde der Leserbrief von Andrea Wittwer im BT abgedruckt. Sie gibt sich kritisch gegen das Bauvorhaben und die Vorgehensweise. Am 12. Januar konterte Ruedi Howald in seinem Leserbrief. Er befürwortet eine Spitalansiedlung in Brügg. Ein komplexes in die Zukunft gerichtetes Megaprojekt, zum Wohle des Dorfes, eine einmalige Chance, ja sogar ein Geschenk vom Kanton, gelte es jetzt zu packen. Der dritte Leserbrief zu dieser Angelegenheit wurde Frau Silvia Amman verfasst und ist am 3. Februar im BT erschienen. Auch Sie ist des Lobes voll und schreibt am Schluss des Briefs. «Ich hoffe, dass der Spitalneubau in Brügg realisiert wird und freue mich auf die Geburtsanzeige.» Da die Meinungsäusserungsfreiheit in der Bundesverfassung verankert ist und ich nicht so blauäugig bin, wage ich es, ein paar

Fragen zu stellen:

* Ist ein neues Spital im Kanton Bern (Seeland) grundsätzlich nötig oder könnte man nicht auch die kleineren Spitäler, wie z.B. Aarberg besser auslasten?

* Warum hat die Spital AG ihr Land im Bözingenmoos verkauft, bevor ein Standort bestimmt worden ist?

Warum ist bei den Evaluationen aus zirka 20 Standorten, nur noch Brügg übrig geblieben?

* Da der Spitalneubau ins Grundwasser zu stehen käme: Wurde eine Verträglichkeitsprüfung erstellt und liegen die Bewilligungen vom BFU und AWA vor?

Bevor ich mich für ein Nein oder ein Ja zu dieser Sache entscheiden kann, besteht noch grosser Erklärungsbedarf. *Hans Küffer, Brügg*

Unternehmen stärken

Abstimmung über das Freihandelsabkommen mit Indonesien vom 7. März

Die Debatte über das Freihandelsabkommen kommt zum richtigen Zeitpunkt. Der Weltmarkt wird je länger je unsicherer. Protektionistische Tendenzen nehmen zu, und Grossmächte schotten sich vermehrt gegen aussen ab, um ihren Binnenmarkt zu stärken. Die Schweiz tut gut daran, ihr Wirtschaftsnetzwerk weiter zu diversifizieren und ihre Interessen über bilaterale Freihandelsabkommen abzusichern. Solche Abkommen sind ein Garant für Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit. Und zwar branchenübergreifend sowie mit Blick auf die gesamte Wirtschaft. Denn es sind keinesfalls nur international tätige Grosskonzerne, die durch das Abkommen mit Indonesien einen Vorteil erhalten. Mit einem Anteil von 98 Prozent aller exportierenden Unternehmen partizipieren KMU nämlich am stärksten am Exportgeschäft. Vom Pionierabkommen mit Indonesien profitiert der Wirtschaftsstandort Schweiz – aber insbesondere auch die Export-Hochburg Biel – und es verdient deshalb ein klares Ja am 7. März.

Peter Bohnenblust, Grossrat FDP, Biel